Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tonnlam-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unj. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 280. Donnerstag den 7. October 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Bezahlung der Immobiliar-Brandcassenbeiträge betr.

Für den diesjährigen zweiten, auf
den 1. October
fallenden Hebetermin ist bei der **Gebäudeversicherungs-Abtheilung Ein Pfennig und bei der freiwilligen Versicherung Einundeinhalb Pfennig** von der Beitragseinheit zu erheben.

Es werden deshalb alle hiesigen Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter aufgefordert, ihre Beiträge spätestens **binnen 8 Tagen**, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme bei Vermeidung der sonst eintretenden Zwangsmaßregeln abzuführen.

Leipzig, am 28. September 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Roch.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof werden die nachstehend bezeichneten Arbeiten hierdurch öffentlich ausgeschrieben:

1) **Klempner-Arbeiten** für das Verwaltungsgebäude, 3 Beamtenwohnhäuser, das Pförtnerhaus, die Großviehschlachthalle und das Sanitätsschlachthaus,
2) **Blitzableitungs-Arbeiten** für dieselben Gebäude,
3) **Schmiede-Arbeiten** für die Großviehschlachthalle.

Die Unterlagen sind gegen Erlegung von 1.50 ℳ für die ad 1 und von 0.50 ℳ für die ad 2 und 3 bezeichneten Arbeiten vom Schlachthofbau-Bureau an der Kaiserin-Augusta-Straße zu beziehen.

Die Angebote sind in Form und Bezeichnung nach Maßgabe der den Angebotsformularen beigefügten Vorschriften zu behandeln und bis zum 20. October d. J., Mittags 12 Uhr in der Registratur des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, bez. auch die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 6. October 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 5763. Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Bekanntmachung.

Die Localitäten der Rechnungs- und Cassenverwaltung der Gasanstalten (Ritterstraße 6, I.) bleiben wegen vorzunehmender Reinigung, mit Ausnahme des Bureaus für Beleuchtungswesen

Sonnabend, den 9. October ds. Js.

geschlossen.

Leipzig, am 1. October 1886.

Des Raths der Stadt Leipzig
Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft wird die Elisabeth-Allee für den **Fahrverkehr** wegen nothwendiger Arbeiten auf derselben bis auf Weiteres gesperrt.

Kleinzschocher, den 6. October 1886.

Die Rittergutsverwaltung.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Rathhause ist noch die dritte Etage, bestehend aus 6 Zimmern nebst Zubehör, für den jährlichen Preis von 900 ℳ zu vermiethen.

Näheres Rathhaus, Zimmer Nr. 7.

Plagwitz, am 5. October 1886.

Der Gemeindevorstand
Uhlig.

Bekanntmachung.

Der von **Leutzsch nach Wahren** führende Communicationsweg wird wegen Einbauung einer Wildbrücke und Aufschüttung der Straße auf der Strecke **von Leutzsch bis zum Bahnübergang** für allen unbefugten Fahrverkehr vom 7. d. M. ab bis auf Weiteres **gesperrt**

und der letztere auf die von Barnick aus nördlich des Bahnhofs Leutzsch führende Straße verwiesen.

Sowie angängig, wird vorläufig der Verkehr von **leichtem Fuhrwerk** bis zum Restaurant „Waldhof Barnick" auf der bezeichneten Wegstrecke noch gestattet.

Leutzsch, den 6. October 1886.

Der Gemeindevorstand.
Uhlig.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 2. zum 3. October cr. ist in der Postagentur auf Bahnhof Kitzscher von jedenfalls mehreren Personen ein Einbruch verübt worden. Die Thäter haben einen Geldbrief mit 2160 Mark, bestehend aus einer alten Reichsbanknote zu 1000 ℳ, 11 neuen Reichsbanknoten zu je 100 ℳ, einem Cassenscheine zu 50 ℳ und zwei Cassenscheinen zu je 5 ℳ, ferner eine 40 ℳ haar, 45 Reichsmarken zu 3 ℳ, 5 Stück zu 5 ℳ, etwa 300 Stück zu 10 ℳ, 35 Stück zu 20 ℳ, 50 Stück zu 25 ℳ und 58 Stück zu 50 ℳ entwendet. Am Orte der That sind ein Messer, ein Dietrich, ein Hornknopf und eine von rußigen Händen beschmutzte Schachtel schwedischer Streichhölzer vorgefunden worden.

Jeder, der über die muthmaßlichen Thäter Auskunft zu geben oder Verdachtsmomente gegen bestimmte Personen anzubringen vermag, wird gebeten, davon schleunigst zu den Acten J 2684/86 hierher Nachricht zu geben.

Halle a/S., den 4. October 1886.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Nichtamtlicher Theil.

General Kaulbars in Sofia.

Die Vorgänge in der Volksversammlung vom 3. October in Sofia haben gezeigt, in welchem Sinne der Abgesandte Rußlands seine Aufgabe erfaßt hat und zu lösen gedenkt. Er maßt sich an, das angeblich irregeleitete und von Nihilisten unter eine Schreckensherrschaft gebeugte bulgarische Volk über dessen wahre Bedürfnisse und die Bedingungen seiner Wohlfahrt aufzuklären und zu belehren einzig und allein vermittelst der Macht, welche der Wille des russischen Zaren auf ein an Zahl kleines und auf seine eigene Kraft angewiesenes Volk ausübt. Daß dieses moralische Mittel allein nicht ausreicht, hat der Verlauf der Versammlung vom 3. October dargethan. General Kaulbars sah sich genöthigt, dem Unwillen der Versammlung zu weichen, ohne etwas Anderes als die Kräftigung des Widerstandes und des Strebens der Bulgaren nach Freiheit und Unabhängigkeit von der russischen Beglückung erreicht zu haben. General Kaulbars hat sich durch seinen ersten entschiedenen Mißerfolg als Volksredner nicht von dem Vorhaben abbringen lassen, seine Bemühungen in der Provinz fortzusetzen. Er tritt aber seine Agitationsreise nicht ungewarnt an. Der Minister des Auswärtigen, Natschewitsch, hat ihn auf die Gefahren aufmerksam gemacht, denen er sich als Volksredner aussetze, der General pocht jedoch auf die Macht Rußlands und auf den moralischen Einfluß, welchen der russische Name verbreitet. Es scheint, daß ihm das Unpassende seines Auftretens und der daraus entstandenen Lage gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Je größeren Werth er auf seine Eigenschaft als Vertreter des Kaisers von Rußland legt, um so weniger durfte er sich der Möglichkeit aussetzen, daß sein Auftraggeber in seiner Person beleidigt wurde oder daß man ihm wiederholtig begegnete. Der General nimmt aber die Sache nicht so genau, ob man ihn niederschreit und ihm in der unzweideutigsten Weise Zeichen von Unwillen und Entrüstung zu erkennen giebt, kümmert ihn nicht, wenn er nur schließlich mit heiler Haut davon kommt. Vielleicht faßt man sein Auftreten in Petersburg anders auf, es sei denn, daß er lediglich die ihm ertheilten Weisungen befolgt hat.

Das Wiener „Fremdenblatt" nimmt an, daß Kaulbars den ihm ertheilten Auftrag mißverstanden hat und daß man sein Auftreten in jener Volksversammlung in St. Petersburg verwirft, und äußert sich bei dieser Gelegenheit in so entschiedener Form zu Ungunsten des Generals, daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, die österreichische Regierung, als deren Organ das „Fremdenblatt" gilt, wolle genau die Richtung einhalten, welche der ungarische Ministerpräsident v. Tisza in seiner Antwort auf die Interpellationen der Reichstagsabgeordneten als die Grundsätze der österreichischen Orientpolitik verkündet hat. Die Kritik des „Fremdenblattes" ist bestimmt und schneidig, sie erklärt das Auftreten des Generals Kaulbars in der Volksversammlung als nicht geeignet zur Versöhnung und betont, daß Bevollmächtigte immer nur bei den Regierungen, nicht aber bei den Volksmassen beglaubigt seien. Deshalb verurtheilt das „Fremdenblatt" auch die beabsichtigte Agitationsreise des Generals in die Provinzen. Außerdem findet das „Fremdenblatt", daß Kaulbars' Auftreten den Grundtendenzen des Berliner Vertrages widerspreche, und endlich ertheilt das Blatt der bulgarischen Regentschaft das höchste Lob, da sie ihrer schwierigen Aufgabe, für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen, bisher mit Geschick gerecht geworden sei; sie könne deshalb ruhig die Verantwortung, die sie übernommen, tragen, denn sie habe die erforderlichen Rücksichten auf die Mächte genommen und zeige das Streben, den gesetzlichen Boden zu behaupten. Es ist wichtig, zu constatiren, daß in dieser Kritik der Handlungsweise der Regentschaft zugleich die indirecte Anerkennung derselben als solcher liegt, während die russische Regierung bisher Alles vermieden hat, was in diesem Sinne gedeutet werden könnte. General Kaulbars ist nicht bei der Regentschaft als Abgesandter Rußlands beglaubigt, sondern einfach an Herrn Natschewitsch gewiesen worden. Die russische Anerkennung der bulgarischen Regentschaft sollte vom Wohlverhalten desselben abhängig gemacht werden.

Zwischen den Ansichten des Wiener „Fremdenblattes" und denen des russischen Regierungsorgans, des „Journal de St. Pétersbourg", findet sich ein sehr bemerkenswerther Unterschied. In dem der Rede des englischen Schatzkanzlers Churchill gewidmeten Artikel dieses Blattes wird die bulgarische Regierung eine Bande von Agitatoren genannt, welche die Gewalt in Händen habe; solchen Leuten könne man nicht gestatten, gewaltthätige Acte unter dem Schein eines gesetzlichen Urtheils gegen Personen zu begehen, die nicht ihrer Partei angehören, ebenso wenig könne man ihnen die Zusammenberufung der Wähler unter der Herrschaft des Kriegszustandes und des Schreckens überlassen, um eine Versammlung zu wählen, welche die Missethaten dieser Männer bestätigen solle. Die bulgarische Regierung wird schließlich als eine Gemeinschaft von Dictatoren bezeichnet, die sich der Gewalt bemächtigt haben und diese auch behaupten wollen.

Der spöttische Ton, in welchem das Journal de St. Pétersbourg" die Rede Churchill's in Dartford behandelt, erklärt sich zur Genüge aus der widersprechvollen, schwankenden Politik, welche England seit einer Reihe von Jahren befolgt hat, und gewiß sehr gerechtfertigt ist die Bemerkung des russischen Regierungsorgans, daß es dem Sultan schwer werden würde, die von Churchill verkündete Politik mit der Fürsorge, welche die Tories für die Integrität des ottomanischen Reiches hegen, in Einklang zu bringen. Aber durch diesen Hinweis auf die Vergangenheit wird die gegenwärtige Haltung des englischen Cabinets und die Berechtigung derselben noch nicht verurtheilt, und Rußland hat am allerwenigsten Ursache, England seine Sünden gegen die Türkei zum Vorwurf zu machen. Eine Thatsache von Bedeutung ist unzweifelhaft, daß sich in der neuesten Zeit eine Annäherung zwischen England und Oesterreich-Ungarn vollzogen hat auf der Grundlage der Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Balkanstaaten. Rußland gefährdet diese Selbstständigkeit in der unbekümmertsten Weise, indem es den General Kaulbars zu den schwersten Eingriffen in die inneren Angelegenheiten Bulgariens bevollmächtigt hat. Solange das „Journal de St. Pétersbourg" nicht gesprochen hatte, konnte man hoffen, daß die russische Regierung durch Abberufung des Generals und durch die Verurtheilung seines Auftretens eine Brücke zur Versöhnung der feindlichen Gegensätze bauen werde, aber nachdem das Journal die Regenten zu einer Bande von Agitatoren gestempelt hat, welche ihre Gewalt mißbrauchen, ist eine derartige Hoffnung ausgeschlossen. Rußland fordert von England, daß es seine Bemühungen, in Bulgarien Ruhe zu schaffen, unterstützen, also sich mit Allem, was auf Rußlands Veranlassung dort geschieht, einverstanden erklären soll. Das ist aber nach Allem, was seit dem 21. August durch Rußlands Schuld in Bulgarien verändert worden ist, einfach unmöglich. Rußland verfolgt das Ziel, die Balkanhalbinsel in seinen Machtkreis einzubeziehen, mit so großer Rücksichtslosigkeit und unter gänzlicher Mißachtung entgegenstehender Interessen, daß auf eine Versöhnung der einander gegenüberstehenden Kräfte kaum noch zu hoffen ist. Das Opfer des Fürsten Alexander war ganz vergeblich, Rußland ist nur zufrieden zu stellen, wenn die Vertragsmächte es in Bulgarien nach Willkür schalten und walten lassen. Dazu ist aber weniger Aussicht als jemals zuvor, und deshalb dürfen wir der weiteren Entwickelung auf der Balkanhalbinsel mit Spannung und nicht ohne Besorgniß entgegensehen. *

Leipzig, 7. October 1886.

* Es ist beschlossene Sache, daß auch dem nächsten Reichstag gleich bei Beginn der Tagung der Reichshaushalt vorgelegt wird; anfänglich lag es in der Absicht, auch die auf das Heer bezüglichen Entwürfe wegen ihres nahen Zusammenhanges mit dem Etat gleichzeitig einzubringen, doch dürfte dies sich kaum ermöglichen lassen und wird die Vorlage jedenfalls zu einem späteren Zeitpunct erscheinen. Der Etat des Auswärtigen Amtes dürfte mehrere neue Aufstellungen enthalten, dieselben sollen sich indessen nur auf die Consulate beziehen; hier sind mehrfache Erweiterungen in Aussicht genommen, es handelt sich meist um die Umwandlung bestehender Consulate in Berufsconsulate und um Schaffung einzelner neuer Stellen. In allen einschlägigen Fällen hatte man es mit dringenden Bedürfnissen zu thun, welche durch die Handelsverhältnisse geschaffen waren. Es wird sich wohl nicht allein um die angekündigte Schaffung eines zweiten Consulates für Bulgarien handeln.

* Mit der Leitung der Geschäfte des Reichsschatzamtes ist vorläufig der preußische Finanzminister Herr von Scholz betraut worden.

* In einem Leitartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welcher es ein Glück für die Welt nannte, daß die große Politik nicht von der Presse und deren Leitern oder von parlamentarischen Parteiführern gemacht werde, hat der „Pester Lloyd" einen Angriff auf die ungarische Verfassung und die Interpellationsfreiheit erblickt, wohl, um durch diese Diversion die Aufmerksamkeit seines Publicums von Illigen abzulenken, die er sich vorher gegeben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erwidert nun hierauf in einem officiösen Leitartikel, dessen bemerkenswerthen Schluß wir im Folgenden mittheilen; er lautet:

Wir haben die Thatsachen hervorgehoben, daß das deutsch-österreichische Bündniß von deshalb erstarkt, weil es nicht mit den Parlamenten und der Presse geschlossen, sondern weil es der Ausdruck der Freundschaft der beiden, in den Personen ihrer Souveräne verkörperten großen Reiche ist. Darin besteht die Bürgschaft seiner Dauer, und wir würden ihm einen Werth nicht beilegen, wenn es anders wäre. Die parlamentarischen Freiheiten eines jeden Landes und die Wege, mit welchen deselben gehandhabt werden, interessiren andere Länder immer nur insoweit, als sie auf dessen Geschick eine Rückwirkung ausüben, d. h. insoweit, als die auswärtige Politik des betreffenden Landes von ihnen beherrscht wird. England ist das Vaterland der parlamentarischen und publicistischen Unordnendheit, und dieselbe wird dort in Bezug auf auswärtige Verhältnisse ohne Widerspruch nach dem Bedürfniß der jedesmaligen Regierung, man kann fast sagen nach deren Wünschen, behandelt. Dennoch ist es evident, daß die Schwierigkeiten, welche England heutzutage findet, sichere und dauernde Beziehungen zu befreundeten Regierungen zu schaffen und als Unterlage der eigenen Politik zu benutzen, wesentlich bedingt sind durch die Umgestaltungen, welche trotz der erwähnten englischen Grundeigenheiten in dem Wechsel der parlamentarischen Majoritäten liegt. Deutschland bietet seinerseits starke Vorzüglichkeiten für die Stetigkeit seiner auswärtigen Politik; um sich aber dieselben zu bewahren, bedarf es auch der Sicherheit, daß die auswärtigen Beziehungen, auf welchen sein Vertrauen und seine Politik beruhen, nicht von dem wechselnden Stande der Publicistik und der parlamentarischen Mehrheiten abhängig seien.

* Den Ultramontanen scheint die Zeit gekommen, sich für das Zuckerbrod, mit dem sie seither so reichlich vom „Reichsboten" und seinen Leuten gefüttert worden, durch Peitschenhiebe zu bedanken. So lesen wir in der „Germania":

„Hofprediger Stöcker liebt es, sich mit den Thatsachen in Widerspruch zu setzen, und es kommt ihm gar nicht darauf an, von der Sommerfrische in Parteikirchen aus die guten, lieben Berliner zu loben, um dann in Danzig Berlin in trübster Beleuchtung zu zeigen. Bei ihm ist man solches nachgerade gewohnt, indessen hätten wir nicht geglaubt, daß diese Manie auch einer Steigerung fähig wäre. Herr Stöcker hat aber am Freitag in einer Versammlung der Christlich-Sozialen gezeigt, daß er mitten in dieser Steigerung drin ist. Alle Welt ist von Angst erfüllt wegen des Wachsens der Umsturzbewegung. Die Socialpolitiker sind mit Eifersucht dabei, Mittel auszusinnen, um der Ausbreitung der Socialdemokratie zu begegnen, der Staat aber verlangt die „wiederschmetternde Energie der Gewalt," wie Minister von Puttkamer sich ausdrückte, um die socialdemokratische Bewegung niederzuhalten. Unterdeß, dieselbe schreitet fort, sie gesteht in Berlin eine große Verbreitung und Vertiefung. Ach was, denkt Herr Stöcker, und erklärt kurz und bündig: Die Socialdemokratie ist nur eine komische Figur! Wäre die Zeit nicht so furchtbar ernst, dann könnte man über die Manie Stöcker's lachen, der die Socialdemokratie so darstellt, um im nämlichen Athemzuge zu erklären, die Socialdemokratie sei auch eine immoralische Figur. Ist eine so immoralische und ergiebig zunehmende Bewegung immoralisch, so ist sie doch wahrlich nicht komisch, sondern eine Geißel für das ganze Staatsleben."

Die „Germania" schreibt zuletzt: „Neulich hörten wir einen entgegensten Deutschconservativen sagen: „Stöcker thäte am besten, wenn er in Parteikirchen bliebe." — So die „Germania". „Sollte auch — schreibt die freiconservative „Post" — der öffentliche Ausdruck der stürmischen Verehrung, welcher jetzt allerdings auffällig laut und geflissentlich Herrn Stöcker von einigen Organen der deutschconservativen Partei kundgegeben wird, einen „Widerspruch mit den Thatsachen" darstellen?"

* Gegen den Amtsgerichtsrath Francke in Ratzeburg soll jetzt, wie die „Hessische Zeitung" bemerkt, auf Anordnung des Justizministers die Disciplinaruntersuchung bei dem Oberlandesgericht in Kiel eingeleitet werden sein.

* Wir haben kürzlich auf eine Münchener Correspondenz der „Germania" aufmerksam gemacht, die gehässige Andeutungen auf die Vergangenheit des Local-Directors Professors Dr. Rittler und die Androhung weiterer Enthüllungen über das Leben Rittler's enthielt, desselben Mannes, der Jahre hindurch Führer der bayerischen Ultramontanen (der sogenannten „Patrioten"-Fraction) war und als solcher von der ultramontanen Presse umgeschwärmt blieb, bis jetzt auf einmal, nachdem Dr. Rittler sich von der Fraction getrennt, die ultramontanen Blätter sich auf die schmutzige Wäsche des ihnen unbequemen Politikers stürzen. Die „Germania" lehnt jetzt die Verantwortlichkeit für den Inhalt dieser Correspondenz ab und hebt hervor, daß die Correspondenz sich wesentlich auch auf Auslassungen des „Fränkischen Volksblattes" stütze. — Das hätte die „Germania" aber beim Abdruck der Correspondenz deutlich sagen sollen, wenn sie es überhaupt für angezeigt hielt, einen derartigen Revolver-Artikel weiter zu verbreiten.

* Der württembergische Landtag wird für die zweite Hälfte des November einberufen werden und zu einer Tagung von etwa 3 Wochen zusammentreten. Der Tag der Einberufung ist noch nicht bestimmt. Zur Erledigung sollen zunächst die umgearbeiteten Kirchengesetzentwürfe gelangen. Am 4. dieses Monats trat bereits die verstärkte staatsrechtliche Commission zur Berathung der neuen Entwürfe zusammen. Für die Berathung wird eine Zeit von nicht unter 14 Tagen in Aussicht genommen.

* * *

* Zur Lage in Rumänien wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Bukarest, 1. October, geschrieben:

Das große Aufsehen, welches die Attentatsaffaire vom 16. d. auf Anhänger der Opposition und der in ihrem Dienste stehenden Presse allenthalben erregt hat, wird nun durch die Verbreitung einer schweren Menge sensationeller Nachrichten zu überbieten gesucht, welche insgesammt nur den Zweck haben, entweder das Vertrauen des Auslandes auf die conservative Friedenspolitik des Ministerpräsidenten zu untergraben oder aber im Inlande selbst Unruhe oder Beängstigungen hervorzurufen. Zu den Sensationsnachrichten erster Art zähle ich die Meldung, daß von Bukarest aus eine Vereinigung Bulgariens mit Rumänien, wenn auch vorläufig nur auf dem Wege einer Personalunion, angestrebt werden soll, und zu den Alarmnachrichten zweiter Kategorie alle Gerüchte, welche von der Aufhebung der Preß- und Versammlungsfreiheit in einem der Constitution zuwiderlaufenden Sinne zu erzählen wissen. Erstere Meldung, welche vor einigen Wochen in der „Epoca" zu lesen war und welche man in einigen größeren Blättern des Auslandes als sogleiche Mittheilung aufgenommen wird, ist eine der unsinnigsten Zeitungsenten, welche jemals zu Zeitungszwecken flügge gemacht wurden; was aber die von der Regierung angeblich beabsichtigten Ausnahmemaßregeln anbelangt, so glaube ich, mit aller Bestimmtheit versichern zu können, daß die einzige der Opposition allerdings unangenehme Rückwirkung des Attentats vom 16. d. in einer strammen Durchführung der bisher noch nicht in Anwendung gebrachten Bestimmungen der Verfassungsrevision betreffs Zuweisung der Pressvergehen gegen das Staatsoberhaupt an die gewöhnlichen Gerichte bestehen wird. Zur Verhängung einer Art kleinen Belagerungszustandes ist in Rumänien keine Veranlassung vorhanden, und es würde eine solche von Bratiano übrigens gar nicht zu erwartende Maßregel in den Reihen der nationalliberalen Partei selbst lebhaften Widerspruche begegnen. Anders verhält es sich dagegen mit der Forderung, die bestehenden Gesetze allen jenen gegenüber in Anwendung zu bringen, welche sich außerhalb derselben gesetzt haben. Es ist das eine Forderung, welche auf dem vorgestern abgehaltenen Meeting der nationalliberalen Partei in Form einer an die Regierung gerichteten Resolution beschlossen wurde und welche auch in sofern höchst zeitgemäß ist, als die bisher den Ausschreitungen der oppositionellen Presse gegenüber bewiesene Nachsicht erfahrungsgemäß nur zu Verfehlungen der bedauerlichsten Art geführt hat.

* Vom tapferen Kaulbars wird des Weiteren der „Frankfurter Zeitung" aus Sofia, 4. October, gemeldet:

Sowohl hat General Kaulbars Sofia verlassen, um in Orchanie, Plewna, Sistowo, Rustschuk, Varna, Tirnowa und Ostrumelien die Bevölkerung russisch zu stimmen. Die Regierung hat in einer Note Kaulbars aufgefordert, von der Reise abzustehen; trotzdem sie alles Mögliche zur Sicherheit seiner Person thun würde, könne sie für Nichts die Verantwortung übernehmen. Abschrift dieser Note ist an alle hiesigen Consulate verschickt worden. — Die Regierung ist, wie aus lauterster Quelle erfahre, einem Complot auf die Spur gekommen, welches die Zankowisten zum Zweck der Verhaftung und zum Sturz der Regentschaft geplant hatten. Die meisten der Mordbrenner, die zahlreich hier versammelt sind, zur Ausführung dingen und erhalten Unterstützung vom General Kaulbars, der sie jedoch abwies. — Auf die gestern erhaltene Antwort des Ministeriums, welche die erste Antwort wiederholte, antwortete heute Kaulbars, daß er bedauere, daß die bulgarische Regierung seine Rathschläge nicht in dem Maße adoptire, wie es die Abwegelung der Gemüther verlange. Der General wiederholte als Forderungen die Zurücklassung der Officiere und Aufführung der Fahnen und gegen zugleich seine Abreise an. Soeben erfahre ich aus competenter Quelle, daß im Laufe des heutigen Tages ein vollständiger Umschwung der Gesinnung zu Gunsten Bulgariens stattfand. Der hiesigen Regierung ist es noch unbekannt, welchen Einflüssen diese Wandlung zu verdanken ist.

* Kenner russischer Verhältnisse haben sich schon lange gewundert, daß bei der Transkaspischen Bahn, deren Bau gegenwärtig so flott betrieben wird, Alles glatt abzugehen schien. General Annenkow, der Leiter des Baues, erschien bereits im Lichte eines außergewöhnlichen Mannes. Nun erhält aber aus Nischnei-Nowgorod die „Kölnische Zeitung" Mittheilungen, welche, wenn sie sich bestätigen sollten, diesen Nimbus gänzlich zerstören würden.

Man gewinnt, so lautet dieselben, nicht an der Vollendung des großartigen Unternehmens, wohl aber sind dort Willkürlichkeiten und Veruntreuungen in großartigem Maßstabe vorgekommen, die eine strenge Untersuchung hervorgerufen haben, deren Endergebniß noch nicht feststeht. Der Erbauer dieser Ende 1880 gegründeten des Skobelew'schen Feldzugs gegen die Turkmenen begonnenen Bahn ist General-Lieutenant Annenkow, Vorstand der Kriegsverkehrs-Abtheilung für ganz Rußland, als welchem ihm sämmtliche Eisenbahnen und Wasserstraßen des Reichs unterstellt sind. Der General hat bereits mehrere Bahnen selbstständig gebaut — namentlich sind die neuesten strategischen Bahnen im Westen des Reichs sein Werk — bei sicherem Privatbahnen ist er, so lange solches noch erlaubt war, als Actionair und Vorstand der betreffenden Handelsgesellschaft betheiligt gewesen. Er ist ein sehr kluger, ehrgeiziger Mann, und Viele wollten bisher in ihm den zukünftigen Verkehrsminister sehen, ein Glaube, der jetzt allerdings stark erschüttert ist. Man erinnert sich jetzt, da schwerwiegende Verdachtsgründe gegen ihn vorliegen, an eine bereits ziemlich in Vergessenheit gerathene Angelegenheit, in welcher General Annenkow's Name schon einmal in nicht ganz aufgeklärter Weise verwickelt war. Im Jahre 1880 machte sich auf der damals in privaten Händen befindlichen Bahn Charkow-Nikolajew die Anlage eines zweiten Geleises nothwendig, um dem steigenden Personen- und Handelsverkehr zu genügen. Man berechnete die Kosten dieses zweiten Geleises auf 5 Millionen Rubel. Da wußten es die Besitzer jener Bahn einzurichten, daß auch die Kriegsverwaltung die Anlage eines zweiten Geleises für nothwendig erklärte, damit im Falle einer Mobilmachung täglich eine bestimmte Anzahl Züge auf jener Strecke verkehren könnten. Die Privatgesellschaft trat nun mit ihren Handelsinteressen zurück, behauptete sogar, dieselben wären gar nicht vorhanden, und überließ der Kriegsverwaltung, welche ja jetzt allein das zweite Gleis für nothwendig hielt, auch dessen Bezahlung. Der Kostenanschlag steigerte sich allmälig von ursprünglich fünf auf 18 und endlich auf 24 Millionen Rubel. Dieses Alles geschah durch Vermittelung des Generals Annenkow, welcher damals schon die Stellung eines Vorstandes der Kriegsverkehrs-Abtheilung einnahm, für die militärische, durch den damaligen Finanzminister Abaza für die finanzielle Seite der Angelegenheit. Dem Letzteren gelang es, durch eine glänzende Rede im Reichsrath die Genehmigung dieser Behörde zur Entnahme der 24 Millionen zu erhalten, und am 28. Februar 1881, d. h. drei Tage vor seinem Tode, unterzeichnete Kaiser Alexander II. die Gesetzesvorlage. Man sprach damals von großen Summen, die Abaza und Annenkow zugesichert sein sollten, falls die Gesellschaft jene 24 Millionen zur Anlage des zweiten Gleises vom Staat bewilligt erhalten hätte. Nun aber kam Kaiser Alexander III. mit seinem bekannten Ernst rechtlichen Grundsätzen an die Regierung, und die Unternehmer jener Angelegenheit wußten, daß dem bestimmten Thronfolger mehr von dieser bekannt war, als ihnen erwünscht sein konnte. Unter diesen Umständen beschlossen sie, andere Saiten aufzuziehen, und derselbe Abaza hielt im Reichsrathe eine